

Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Energie 04. / 05. November 2016 in Berlin

Erstellt aus der Mitschrift von Werner Weindorf, LAG Energie Bayern
und den Notizen von Jutta Paulus.

Inhaltsverzeichnis

Organisatorisches.....	2
Teilnehmende.....	2
Termin- und Themenplanung	2
Termine Sitzungen 2017.....	2
Tagung zu „Forschung, Wandel und Innovation“	2
Themen für 2017	2
Staatssekretär Rainer Baake (BMWi).....	3
Vortrag	3
Diskussion	3
Schlaglicht: Klimaszenarien mit Luca Brunsch	4
Vortrag	4
Diskussion	5
Schlaglicht: Ökologisches Grundeinkommen mit Oliver Powalla	6
Vortrag	6
Diskussion	6
Bericht aus dem AK Atom	7
Länderberichte	7
Bayern.....	7
Berlin.....	7
Brandenburg.....	7
Bremen	7
Hamburg.....	8
Hessen	8
Mecklenburg-Vorpommern	8
Niedersachsen	8
NRW	9
Rheinland-Pfalz.....	9
Sachsen	10
Sachsen-Anhalt	10

Schleswig-Holstein	10
Grüne Jugend	10
Bundestagsfraktion.....	10
Atomanträge.....	10

Organisatorisches

Teilnehmende

Bei der Sitzung waren Delegierte und andere Teilnehmende aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, von der Grünen Jugend sowie ein Mitglied des Bundestags (Annalena Baerbock) anwesend.

Termin- und Themenplanung

Termine Sitzungen 2017

- Erste Sitzung **31. März bis 02. April** in Kassel mit Nachwahl Sprecher (Glückwunsch an den frischgebackenen MdA Georg!)
- Zweite Sitzung im Juni in Magdeburg oder Thüringen
- Dritte Sitzung nach der Bundestagswahl in Berlin

Tagung zu „Forschung, Wandel und Innovation“

Die BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik hat im Sprecher*innen-Rat Mittel aus dem Aktionstopf für eine Tagung beantragt und lädt zum Mitmachen ein. Nach kurzer Debatte wird mehrheitlich beschlossen, dass die BAG Energie Interesse an einer Beteiligung hat. Das Sprecherteam möge Kontakt zu Anja und Till von der BAG WHT aufnehmen.

Themen für 2017

Vorschläge: Europäische Energiewende von Unten, Kohleausstieg, Akzeptanz

Staatssekretär Rainer Baake (BMWi)

Vortrag

Die Energiewende im Stromsektor ist eine Erfolgsgeschichte, doch die Zeit der Technologieförderung geht zu Ende. Heute müssen Investoren Verantwortung und Vermarktungsrisiko tragen. Die Vollkosten der EE entsprechen den Kosten neuer fossiler Kraftwerke. Fundamentale Eigenschaften (volatil, grenzkostenfrei) der EE bedingen aber eine Neuerfindung des Stromsystems. Die Ausschreibungen PV haben überraschend positive Ergebnisse geliefert, mit Preisen deutlich unter 8 ct/kWh in der letzten Runde.

Baustelle Strommarkt: Ein neues Marktdesign muss die Flexibilitätsfrage lösen und Versorgungssicherheit gewährleisten. Die Wettbewerbsintensität am Stromhandelsmarkt kann nur mit harter Sanktionierung von Bilanzkreisuntreue bestehen bleiben. Die notwendigen Anreize sollen nach Abbau von Überkapazitäten durch Preisspitzen erreicht werden.

Baustelle Netze: Der Vorrang der Erdverkabelung stärkt die Akzeptanz, berichten die Landesminister. Bayerns Blockade hat vieles verschleppt. Im Gespräch mit den Energieministern der Nachbarländer wurde vereinbart, dass nun endlich der Energiemarkt zum Laufen gebracht werden soll, aber Eingriffe in die Märkte der anderen vermieden werden müssen.

Klimaschutz und Energiewende kann als Modernisierung oder als Problem begriffen werden; viele in D tun leider Letzteres. Momentan ist die größte Baustelle die Energieeffizienz, ohne die wir unsere Klimaschutzziele keinesfalls erfüllen können. Die Dekarbonisierung Deutschlands stößt auf große Widerstände, ist aber alternativlos. Es muss klar werden, dass Investitionen in fossile Energien stranded investments sind. Für das Ende fossiler Heizungen und fossiler Mobilität müssen Endpunkte gesetzt werden.

Diskussion

Vielfältige Kritik an der Darstellung Baakes, durch die EEG-Reform 2014 sei die Kostenentwicklung positiv beeinflusst und die Akteursvielfalt gesichert worden. Die ersten Ausschreibungsrunden ergaben höhere Preise als die Einspeisevergütung, Bürgerenergiegesellschaften kamen im komplexen Verfahren nicht zum Zug. Laut Baake sind die Regelungen im EEG 2017 hinreichend, die Bürger müssten sich halt professionalisieren. Kritik an der de-minimis-Regelung von 750 kW für Wind beantwortet Baake nicht. Baakes Aussage, politisch gesetzte Preise seien per se ineffizient, widerspricht der Historie und auch der Praxis in vielen anderen Ländern.

Energieeffizienz scheitert häufig an mangelnder Qualität der Beratung und Empfehlungscharakter; im Bereich der Gebäude bremst die Wohnungswirtschaft. Baake beruft sich auf die laufenden Vorhaben bzgl. Beratungsqualität sowie die Festlegungen bei den EEG-Ausnahmen. Hinsichtlich Gebäudesanierung verweist er auf die unrühmliche Rolle der Länder bei Vorgaben für Gebäude (Flüchtlingskrise, Handwerkerbonus, Blockade Steuererleichterungen).

Die Sektorkopplung wird vom BMWi bislang stiefmütterlich behandelt, dem stimmt Baake zu. Allerdings hält er eine höhere Besteuerung fossiler Brennstoffe nicht für notwendig, da die Emissionen pro kWh im Stromsektor erheblich höher seien.

Kritik an überbordender Bürokratie für Betreiber*innen von Kleinanlagen. Wer nur Eigenversorgung betreiben möchte und den Überschussstrom sogar verschenken würde, darf das nicht. Baake verweist auf Bilanzkreistreue des Versorgers (!).

Kritik an unzureichenden EE-Zielen, schleppendem E-Mobilitätsausbau und am „goldenen Ende“ für Braunkohlekraftwerke: Baake verweist auf die politischen Vorgaben der GroKo, die

Macht der Autokonzerne und des IG BCE und postuliert den Kohleausstieg 2045. Die Offshore-Vergütung hält Baake für zu hoch.

Szenariorahmen Netzausbau berücksichtigt Abschalten der Kohlekraftwerke nicht – Baake widerspricht. Außerdem sei Netzengpass in Niedersachsen verantwortlich für hohen Redispatch und stockenden Offshore-Ausbau. Digitalisierungsgewinne würden von den Länder gebremst.

Abschaffung des Grünstromprivilegs benachteiligt viertelstundengenaue Direktvermarktung – Baake widerspricht, man wolle den norwegischen Zertifikatshandel für Wasserkraft nicht weiter fördern.

Schlaglicht: Klimaszenarien mit Luca Brunsch

Vortrag

Luca stellt seine Berechnungen vor. Grundlage sind die globalen Emissionsdaten 2015; er hat Wahrscheinlichkeiten von 50 % resp. 66 % für das Halten des 1,5 °C-Limits angenommen. Außerdem wurde bei der notwendigen Einsparung weder die historische Verantwortung, noch das Risiko der Nicht-Umsetzung in anderen Staaten berücksichtigt. Für die unvermeidlichen Emissionen (Landwirtschaft) muss es Kompensation durch Kohlenstoffsenken (Wälder etc.) geben.

Wahrscheinlichkeit	Reduktion	Null-Emission im Jahr	40 % im Jahr
50 %	linear	2033	2022
50 %	degressiv	2033	2020
66 %	linear	2055	2031

66 % für das Halten des 1,5 °C-Limits entspricht ca. 50 % für das 2 °C-Limit.

Budgets liefern Anhaltspunkte für die eigentlich notwendigen Maßnahmen. Diese gehen weit über das hinaus, was derzeit Beschlusslage der Bundesregierung und auch der Grünen ist. Auf Basis der Fakten müssten wir einen Kohleausstieg 2020 fordern – momentane Beschlusslage ist ca. 2035.

Das PIK hat für die verschiedenen Tipping Points Eintrittswahrscheinlichkeiten errechnet (siehe <https://www.pik-potsdam.de/services/infodesk/tipping-elements>). Dabei sind Korallenriffe, Alpengletscher und das arktische Sommeris bereits bei 2 °C gefährdet. Bei Umsetzung der in Paris beschlossenen Pfade sind auch die Westantarktis und die grönländischen Gletscher betroffen. Die Auswirkungen beschränken sich leider nicht auf den Verlust von Eisbären und Skigebieten, sondern durch die prognostizierte Zahl von 200 Mio Klimaflüchtlingen wird es weltweit zu gesellschaftlichen Umwälzungen kommen.

Diskussion

Brauchen wir Alarmismus? Ein anderes Wording? Was wollen/müssen wir fordern? Dringlichkeitsantrag zur BDK stellen? Grüne Forderungen sind nicht radikal genug für Klimaschutz, aber zu radikal für die Gesellschaft. Stattdessen Anpassungsstrategien in den Vordergrund stellen, um das Problem in die Köpfe zu bekommen? Die momentanen Selbstverpflichtungen der Staaten würden ca. + 3,5 °C ergeben. Die Zeitfenster werden immer enger, unsere Forderungen müssten demzufolge immer radikaler werden und würden zu schlechteren Wahlergebnissen führen.

Vorträge von Quaschnig und Rahmstorf (<https://www.youtube.com/watch?v=QnzSHsi4pus>) sind didaktisch/pädagogisch super, aber kommen in der Bevölkerung nicht an. Auch aktuelle Starkregenereignisse wecken Leute nicht auf. Sollen wir mit Sozialwissenschaftler*innen über mögliche Herangehensweisen diskutieren? Uns fehlt Glaubwürdigkeit – Waldsterben geht dank Entschwefelung nur verlangsamt weiter, wird aber als grünes Horrorszenario ohne Wirklichkeitsbezug wahrgenommen. Ist Konzentration auf Maßnahmen und Lösungsansätze besser? Qualitätsgewinn der Verhaltensänderung in den Vordergrund stellen (bspw. leise, saubere Autos)?

25 Unternehmen sind für 32% der CO₂-Emissionen verantwortlich, 90 Unternehmen für 63% (<http://carbonmajors.org/>). Haushalte tragen nur einen kleinen Teil zu den CO₂-Emissionen bei (eine Botschaft könnte lauten: „Die 90 größten CO₂-Emittenten nehmen euch euer Budget weg“).

Da IPCC mittlerweile negative Emissionen annehmen muss und mit Geo-Engineering liebäugelt, droht eine Renaissance der Atomkraft. Auch in D ist eine Laufzeitverlängerung nicht unmöglich.

Wir brauchen alle vier Instrumente: Ordnungsrecht, Förderung, Marktinstrumente, Aufklärung. Einfach und wirksam: CO₂-Abgabe (Modell CH).

Strategie zur BDK: Ein Dringlichkeitsantrag wird vermutlich nicht als solcher durchkommen. Da aber bereits einige Anträge mit einem ambitionierten Kohleausstiegsziel vorliegen, könnte die BAG Energie diese unterstützen und ein Flugblatt mit Informationen zu den aktuellen CO₂-Budgets und den notwendigen Klimaschutzmaßnahmen verteilen. In einem Meinungsbild sprechen sich zwei Personen für einen Dringlichkeitsantrag aus, zwei Personen nur für ein Flugblatt und 17 Personen für die politische Unterstützung der Änderungsanträge mit einem Kohleausstieg 2025.

Abstimmung über: „Politische Unterstützung der Ziele des Änderungsanträge EV-01-079, EV-01-079-2, EV-01-079-3: „Unser Ziel ist es, bis 2025 größtenteils, bis 2030 vollständig aus der Kohlenutzung auszusteigen, da ansonsten das 1.5-Grad-Ziel von Paris gar nicht und das 2-Grad-Ziel nur mit einer geringen Wahrscheinlichkeit erreicht werden kann. Dazu wollen wir in einem ersten Schritt ambitionierte

Obergrenzen für den CO₂-Jahresausstoß und die Quecksilberemissionen von fossilen Kraftwerken festlegen. Richtwert ist dabei die CO₂-Emission eines modernen Gas-Kraftwerks. Besonders dreckige Altmeiler müssen sofort vom Netz, neuere Kohlekraftwerke werden Schritt für Schritt abgeschaltet“ bei zwei Enthaltungen angenommen.

Schlaglicht: Ökologisches Grundeinkommen mit Oliver Powalla

Vortrag

Präsentation siehe pdf.

Änderungsantrag zum BDK-Antrag Energie- und Verkehrswende:

„Eine ökologische Grundsicherung garantiert, dass einkommensschwache Haushalte am Fortschritt der Energiewende teilhaben können. Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Mindestlohn wollen wir weiterentwickeln und anheben, damit sie die zusätzlichen Kosten abdecken, die durch den Klimaschutz bei der Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums anfallen.“

Kostengünstige Maßnahme (wenige hundert Mio €), die die Akzeptanz steigert und den Gegner*innen Argumente entzieht. Beim Schweizer Öko-Bonus profitieren vorwiegend einkommensstarke Haushalte, die sich Sanierung und effiziente Geräte leisten können.

Diskussion

Kritik aus der BAG: das Wording „Öko und Klimaschutz ist teuer“ spielt der fossilen Lobby in die Hände. Ohne Energiewende wären die Strompreise auch nicht niedriger.

Sozialpolitik sollte nicht über den Energiemarkt gelöst werden. Die Fokussierung auf „die unteren 20 %“, die mangels finanzieller Möglichkeiten ohnehin vergleichsweise klimafreundlich leben, verschleiern, dass die oberen 80 % viel mehr tun könnten.

Flächendeckende Energieberatung, nach Möglichkeit durch entsprechend geschulte Langzeitarbeitslose kann helfen, jedoch auch nach hinten losgehen (kostenlos verteilte effiziente Geräte wurden weiterverkauft). „Stromsparer“, die auf Verhaltensänderung setzen, haben nachhaltigere Wirkung. Energieversorger erfüllen ihre Pflicht (EU-RL 27/12) zur Reduktion des Energieverbrauchs ihrer Kunden nicht.

Ausufernde Debatte über Ausgestaltung der Grundsicherung, Höhe des Mindestlohns, bedingungsloses Grundeinkommen.

Der ÄA der BAG Arbeit und Soziales wird von der BAG Energie mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bericht aus dem AK Atom

Es stehen viele Fragen an. Endlagerkommission, Zwischenlager (längerer Betrieb als geplant, Reparatur von Castor-Behältern notwendig), Finanzierung der Altlasten.

In der nächsten Legislaturperiode steht die Schließung von fünf Atomkraftwerken an; beim Abriss werden große Mengen an schwach- und mittelaktiven Atommüll anfallen.

An einer Mitarbeit Interessierte sollen sich beim AK Atom melden.

Länderberichte

Bayern

Themen in der energiepolitischen Arbeit sind die vorzeitige Abschaltung der Atomreaktoren in Gundremmingen, PV-Anlagen auf Dächern von Mehrfamilienhäusern für den Eigenverbrauch (Mieterstrommodelle, dazu gab es ein Treffen des LAK mit Naturstrom), das EEG im Allgemeinen und Wärme (Treffen mit LAG Verkehr/Planen/Bauen). Geplant ist ein Treffen beim Zentrum für angewandte Energieforschung zu Smart Grids und Stromspeichern.

In München läuft ein Bürgerbegehren zur Abschaltung des Kohleheizkraftwerks Nord bis 2022. Eine Erleichterung für die Errichtung von für Freiflächen-PV-Anlagen wurde durch Bayern ins EEG rein verhandelt.

Berlin

Das Stromnetz wird nun ausgeschrieben. Es besteht die Hoffnung, dass die Bürgerenergie den Zuschlag bekommt.

In den Koalitionsverhandlungen von R2G spielen die Förderung des Radverkehrs (nach dem Volksentscheid) und der Kohleausstieg (Fernwärmeversorgung!) eine große Rolle. Letzterer soll über einen CO₂-Grenzwert umgesetzt werden.

2

Das Stadtwerk Berlin wird ausgebaut, mit mehr Geld versehen und soll auch Mieterstromprojekte fördern.

Brandenburg

Vattenfall hat seine Braunkohlesparte an den Finanzinvestor EPH verkauft. EPH wird bald entscheiden, ob ein Genehmigungsantrag für zwei neue Tagebaue gestellt wird. Vermutlich werden sie das tun, um im Falle eines Kohleausstiegs Entschädigungen fordern zu können.

In Brandenburg waren Ende Juni 2016 etwa 6100 MW Windenergie installiert.

Bremen

Das Klimaschutzprogramm ist schon seit zwei Jahren überfällig.

„Green Shipping“: Es ist schwierig die großen Schiffe sauber zu kriegen. Die innerstädtische Fähre soll komplett auf Elektroantrieb umgestellt werden. Kreuzfahrtschiffe sollen im Hafen mit Landstrom versorgt werden, anstelle ihre Diesel laufen zu lassen.

Mercedes hat angekündigt, bis 2020 Elektroautos in Bremen zu bauen.

Der Deich wird um 1 m erhöht. Dafür müssen Platanen abgeholzt werden, dagegen gibt es viel Widerstand auch von grünen Wähler*innen.

Hamburg

Divestment ist ein großes Thema bei der LAG Energie. Die Landesregierung soll einen Kriterienkatalog für nachhaltige Geldanlagen entwickeln.

Eine große Baustelle ist das Thema Wärmenetze. Die Nutzung von Abwärme (60 MW) aus der Industrie (insbesondere der Kupferhütte) im Rahmen der Fernwärme ist angedacht. Man benötigt Ersatz für das demnächst vom Netz gehende Kohlekraftwerk Wedel.

Viel Wirbel gibt es um ein Baukostengutachten, welches nachgewiesen hat, dass energetische Standards nicht der Haupt-Kostentreiber sind. Viel wichtiger ist eine hohe Kompetenz bei der Bauleitung. Die Wohnungswirtschaft läuft Sturm.

Hessen

Der Landeswald (Hessenforst) ist jetzt FSC-zertifiziert.

2% der Landesfläche sollen für die Installation von Windenergieanlagen zur Verfügung stehen. Ein Teil der Einnahmen bei staatlichen Flächen (Hessenforst) wird den Anliegergemeinden zur Verfügung gestellt. Dennoch gibt es viele BIs, die gegen Windenergie kämpfen.

Das Atomkraftwerk Biblis ist stillgelegt; es laufen nur noch 20 % der Kohlekraftwerke.

Mecklenburg-Vorpommern

Das Thema Energie wird in der Außenwahrnehmung wieder etwas stärker wahrgenommen, und trotz schwarz-roter Regierung wird am Landesenergiekonzept festgehalten. Die Erleichterungen für Bürger-Energieprojekte im neuen EEG sind nicht ausreichend, die Ausweisung von Windenergiestandorten stagniert.

Niedersachsen

Auf der LDK wurde ein Antrag zum "menschen- und naturverträglichen Windkraftausbau" an Land beschlossen. Hintergrund war ein Fehlverhalten einzelner Kommunalis, die trotz eigener Betroffenheit bei der Ausweisung von Standorten mitgestimmt haben. Außerdem Anträge gegen Nord Stream II, zum Kompromiss zur Finanzierung der Atomewigkeitskosten, zur EEG-Reform 2016, sowie zu einer umfassenden Wärmewende.

Siehe <http://www.gruene-niedersachsen.de/partei/parteitage/ldk-gifhorn-2016.html>

Der Kompromiss der Endlagerkommission wird kritisiert: nur nominelle Öffentlichkeitsbeteiligung; eingeschränkte Klagerechte; Festlegung auf geologische Tiefenlagerung; Standortvergleiche nur als Papierstudien, „Lex Gorleben“, Sicherheitsnachweise nur mittels Modellrechnungen.

Kurzprotokoll Treffen BAG Energie 04./05. Nov. 2016

Im Windkrafteerlass vom Februar 2016 sind 20 GW bis 2050 und ein vollständiger Ausschluss von Windkraft in Wald vorgesehen (siehe <http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/windkrafteerlass/windenergieerlass-133444.html>).

Das Klimaschutzgesetz mit einer THG-Reduktion von 50 % bis 2030 (1990) und 80 – 95 % bis 2050 geht in die Verbändeanhörung. Flankiert wird es mit einem integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm (2017) mit entsprechenden Zwischen- und Sektorzielen.

Der Netzausbau in Niedersachsen ist entgegen der Medienschelte auf dem Weg: Ein Drittel der insgesamt 1235 km sind bislang genehmigt worden; bis 2019/2020 soll der Rest folgen.

Ergebnis des Runden Tisches Energie sind ein Gutachten mit zwei Szenarien (100% EE bis 2050 und 80% THG-Reduktion bis 2050) und ein wissenschaftliches Gutachten, das mit einer genauen Zeitauflösung ein qualifiziertes Szenario mit konkreter Berücksichtigung der Fluktuationen und dem Speicherbedarf ergibt.

NRW

Ein Schwerpunktthema der Landtagswahl im Mai 2017 wird die Braunkohle sein. Der Steinkohlebergbau wird 2018 auslaufen. Viele Kommunen haben Anteile an RWE und sind auf die Dividenden angewiesen. Divestment kommt nur langsam in Gang. Erschwerend kommt hinzu, dass bei den RWE-Beteiligungen gewagte Schachtel-Konstruktionen zum Zwecke des Steuersparens existieren, die den Kommunen jetzt auf die Füße fallen. Nun kommt auch noch die STEAG ins Schleudern und baut Arbeitsplätze ab. Kommunen, die hier Anteile halten, sollen Kapital nachschießen.

4,3 GW Windenergie sind installiert, davon 600 MW dieses Jahr. Gegenüber 1990 wurden bislang 23 % CO₂-Minderung erreicht.

Rheinland-Pfalz

Im Klimaschutzgesetz ist ein klimaneutraler Gebäudebestand des Landes bis 2050 vorgesehen.

Der Ampel-Koalitionsvertrag enthält hinsichtlich Windenergie viele Rückschritte; am 2 %-Ziel wird formal festgehalten. Dafür Einstieg bei der Wärmewende mit geförderten Quartierskonzepten; Rolle rückwärts beim Verkehr (Ministerium FDP-geführt).

Auch die Starkregenereignisse im Frühsommer haben nicht (zumindest nicht auf breiter Front) zu größerem Bewusstsein hinsichtlich der Gefahren des Klimawandels beigetragen.

Sachsen

Große Diskussion um Windenergie im Wald, auch innerhalb der Grünen; viele Windenergiegegner im Land. Als Kompromiss werden nun zuerst die Offenlandstandorte genutzt.

Im Gegensatz zu NRW gibt es die enge Verknüpfung von Braunkohle und Politik nicht. Bei der CDU sind aber viele Menschen, die an den Klimawandel nicht glauben.

Sachsen-Anhalt

100% erneuerbare Energien stehen im Koalitionsvertrag, Fracking wurde ausgeschlossen. Der Braunkohlebergbau soll bis 2035 auslaufen. Die stoffliche Nutzung wurde nicht ausgeschlossen.

Ca. 2700 Windenergieanlagen am Netz mit ca. 4700 MW.

Schleswig-Holstein

Landtagswahl 2017. CDU und FDP stellen sich gegen den weiteren Ausbau der Windenergie.

Der Abriss der AKW erzeugt viel Bauschutt, den niemand haben will. Abfall mit weniger als 10 µSv Strahlung darf auf Hausmülldeponien abgelagert werden, aber BUND und andere Initiativen stellen sich dagegen. Robert sucht das Gespräch.

Weitere Aktivitäten der Landesregierung: Forschung für Speicher, Sektorkopplung; Landesförderprogramm für öffentliche Ladesäulen.

Grüne Jugend

3. Dezember: Treffen der Grünen Jugend; Themen unter anderem sind die Energie- und Klimapolitik.

2016 Teilnahme an „Ende Gelände“ in der Lausitz. Die Aktion wird 2017 vermutlich wieder im Rheinland stattfinden, Termin (unverbindlich): 25. - 29.08.2017.

Bundestagsfraktion

40 % CO₂-Reduktion bis 2020 (Kyoto-Verpflichtung!), kann nur noch durch massive Stilllegung von Kohlekraftwerken erreicht werden. Forderung: alle Gesetze, die erlassen werden, müssen einem CO₂-Check unterzogen werden

Atomanträge

Folgende Atomanträge zur Bundesdelegiertenversammlung (BDK) wurden eingereicht:

- V-03: https://bdk.antragsgruen.de/40/Nukleare_Zwischenlager_besser_sichern-20252
- V-11: https://bdk.antragsgruen.de/40/Atomausstieg_endlich_auch_in_der_Energieforschung_umsetzen_Kernfusion-18160
- V-14: https://bdk.antragsgruen.de/40/EURATOM_veraendern-30292
- V-48: https://bdk.antragsgruen.de/40/Gorleben_soll_leben-21258

Kurzprotokoll Treffen BAG Energie 04./05. Nov. 2016

- V59 und V-60 (werden gemeinsam gevotet):
[https://bdk.antragsgruen.de/40/Finanzkompromiss zur Entsorgung nur bei vollstaendigem Atomausstieg-12859;](https://bdk.antragsgruen.de/40/Finanzkompromiss_zur_Entsorgung_nur_bei_vollstaendigem_Atomausstieg-12859)
[https://bdk.antragsgruen.de/40/Finanzkompromiss zur Entsorgung und vollstaendiger Atomausstieg-27881](https://bdk.antragsgruen.de/40/Finanzkompromiss_zur_Entsorgung_und_vollstaendiger_Atomausstieg-27881)

Der AK Atom wirbt insbesondere für den Gorleben-Antrag V-48 und bittet die bei der BDK Anwesenden, den Antrag zu ranken.